



Der Windkraft wird die Luft abgeschnitten

In weiten Teilen der Republik weht oft ein ziemlich raues Lüftchen. Genau das ist beste Voraussetzung für eine saubere Energieerzeugung. Niemand bestreitet ernsthaft, dass der Windkraft eine elementare Rolle bei der ökologischen Wende zukommt. Ohne die Nutzung dieser wichtigen Quelle grünen Stroms sind der Klimaschutz und der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen überhaupt nicht denkbar. Eigentlich ist das ein optimales Umfeld für die Branche. Eigentlich. Denn nach vielen guten Jahren ist mittlerweile Krisenmodus angesagt. Darunter leiden in erster Linie die Beschäftigten und am Ende natürlich auch die ambitionierten Klimaschutzziele!

Der Ausbau der Windkraft kränkelt schon länger und ist inzwischen fast kollabiert. Nur 150 neue Windräder wurden 2019 errichtet. 80 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zeche zahlen die Beschäftigten: Nach über einer Dekade der Zuwächse wurden allein im Jahr 2017 mehr als 25.000 Arbeitsplätze abgebaut. Ein Verlust von 16 Prozent (siehe Grafik). Schuld sind zum Teil desaströse Rahmenbedingungen. Die Genehmigungsverfahren ziehen sich ewig in die Länge. Viele Kommunen stellen zu hohe Auflagen, um Klagen zu vermeiden. Außerdem fließen die Fördermittel kaum noch ab.

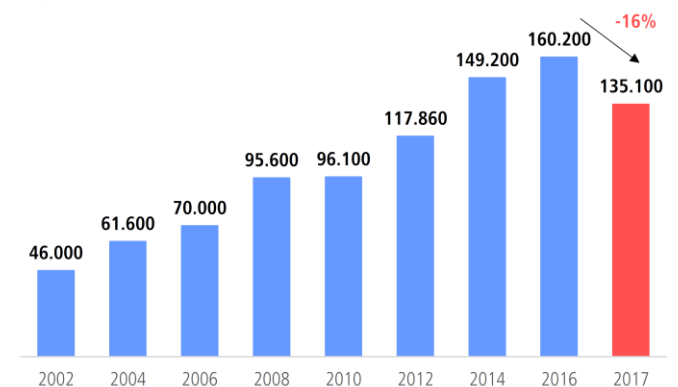
Arbeitsplätze gehen aber auch deshalb verloren, weil manch ein Arbeitgeber bei Gegenwind lieber das Weite sucht. Beispiel Enercon: Der Branchenriese der Windkraftindustrie hat gerade bekanntgegeben, bundesweit 3.000 Beschäftigte vor die Tür zu setzen. Die Hälfte davon in Magdeburg. Kurz vor Weihnachten eine ganz bittere Nachricht für die betroffenen Beschäftigten und ihre Familien, für die gesamte Region. Über Jahre hat Enercon öffentliche Fördergelder abgegriffen. Die in der Vergangenheit erzielten satten Gewinne sind das Ergebnis hervorragender Arbeit der Beschäftigten. Jetzt muss das Unternehmen Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit ihnen nach Lösungen suchen. Seine Leute im Stich zulassen, gehört sich nicht!

In dieser angespannten Lage sorgt nun noch ein Gesetzentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium für zusätzliche Irritationen. Darin ist ein Mindestabstand von 1000 Metern zwischen Windrädern und Wohnsiedlungen ab einer Größe von fünf Häusern vorgesehen. Eine Fläche von über drei Quadratkilometern wird damit zur windradfreien Zone erklärt. Die Folge wäre, dass sich die zur Verfügung stehenden Areale für neue Windparks noch einmal kräftig verkleinern und der Branche endgültig die Luft abgeschnitten wird.

Klar ist: Energiewende und Klimaschutz sind ohne die Windkraftbranche und ihre Beschäftigten nicht zu haben. Die Bundesregierung muss dieser Zukunftsindustrie den Rücken stärken, anstatt die Rahmenbedingungen weiter zu verschärfen. Der Ruf von Wirtschaftsminister Willingmann nach flexiblen Abstandsregeln ist richtig. Doch sind auch die Unternehmen gefordert – allen voran Enercon. Statt Beschäftigte zu entlassen, muss der Konzern seine üppigen Mittel für die Sanierung einsetzen, neue Produkte entwickeln und neue Märkte erschließen. Parallel braucht es Qualifizierungen und die Verlängerung der Kurzarbeit. Frischen Wind gibt es genug. Es kommt darauf an, ihn für Sachsen-Anhalt zu nutzen!

Beschäftigungsentwicklung in der Onshore- und Offshore-Windenergie

– Angaben in absoluten Zahlen –



Quelle: Bundesverband WindEnergie 2018; eigene Darstellung